

Kurzbeiträge

Gehört Politik auf den Campus einer Universität?

Anja Steinbeck¹

Entscheidungen, die eine Hochschulleitung zu treffen hat, gleichen hin und wieder einem Drahtseilakt. Das ist beispielsweise der Fall, wenn es um die Frage geht, welche Rolle der Politik auf einem Universitätscampus zukommen soll, oder – um konkreter zu werden – wenn es um die Frage geht, ob und worüber Politiker an einer Universität sprechen dürfen.

Ereignisse aus den letzten Jahren haben die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft zu Politik aktuell werden lassen und sehr unterschiedliche Meinungen innerhalb der wissenschaftlichen Community offenbart.

Hier einige Beispiele:

- Die liberale Hochschulgruppe der Universität Hamburg hatte den FDP-Vorsitzenden Christian Linder zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Die Universitätsleitung weigerte sich, Räume zur Verfügung zu stellen, da es sich um eine parteipolitische Veranstaltung handele.
- Brisant auch, ebenfalls in Hamburg, die Ereignisse um den Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke. Er konnte seine Vorlesung „Makroökonomik II“ erst im dritten Anlauf und unter massivem Polizeischutz halten. Der Social Media Referent im Bundestagsbüro von Außenminister Heiko Maas twitterte: „Bernd Lucke ist der Gründer der erfolgreichsten deutschen Nazi-Partei seit der NSDAP. Er hat in einem Vorlesungssaal nichts verloren.“
- Aber wir müssen gar nicht bis nach Hamburg schauen. Das Hochschulpolitikreferat und das Referat für Umwelt und Nachhaltigkeit des AStA unserer Universität hatte im Frühjahr 2016 (ebenfalls) Bernd Lucke zu einer Podiumsdiskussion zu dem damals in der Diskussion stehenden TTIP-Abkommen eingeladen. Kritisch wurde vom AStA in Bochum getwittert: „Es ist heuchlerisch, wenn der HHU-AStA erklärt, Lucke als Wissenschaftler eingeladen zu haben. Lucke

ist weder eine Koryphäe auf dem Gebiet der Freihandelsabkommen, noch ist er aktuell als Professor aktiv, vielmehr ist er Parteivorsitzender. Durch die Einladung Luckes sorgt der AStA der HHU dafür, dass dessen rechte Thesen noch gesellschaftsfähiger werden.“ Schließlich wurde die Veranstaltung hier abgesagt, weil im Vorfeld anonyme Drohungen gegen die Organisatoren und die Teilnehmer ausgesprochen wurden.

Alle Beispiele werfen die Frage auf: Gehört Politik auf den Campus einer Universität?

Tatsächlich gehen einige namhafte Vertreter aus der Wissenschaft davon aus, es sei nicht Aufgabe der Wissenschaft, sich an politischen Debatten zu beteiligen. Politische Meinungen hätten im Wissenschaftssystem keinen Anspruch darauf, artikuliert zu werden (Dieter Lenzen). Ganz im Gegenteil: Die Wissenschaft müsse „helfen, Distanz vom heiß laufenden politischen Betrieb zu schaffen“ (Jürgen Kocka).

Daraus folge ein Verbot von Veranstaltungen mit parteipolitischer Ausrichtung. Begründet wird diese Ansicht – die faktisch zu einem Auftrittsverbot für Politiker führt – damit, dass es an dem für die Wissenschaft notwendigen Erkenntnisgewinn fehle, wenn Politiker an Universitäten auftreten. Es drohe die Gefahr, dass die Wissenschaft ihre Glaubwürdigkeit verliere.

Zur Untermauerung wird vielfach das Gebot der politischen Neutralität genannt, dem die Universitäten unterliegen. Möchte man es umgangssprachlicher formulieren, dann titelt man so wie die FAZ kürzlich „Eine Uni ist keine Talkshow“.

Wie ich zu Beginn sagte: das Ganze ist ein Drahtseilakt. Der Karikaturist Nik Ebert war so nett, die Situation – wie ich sie einschätze – für diesen Anlass so darzustellen:



Das Balancieren auf dem Seil der Politik ist wackelig, aber Herunterspringen ist keine überzeugende Strategie.

¹ Prof. Dr. Anja Steinbeck ist Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Der Beitrag gibt einen Auszug ihrer Rede für den Neujahrsempfang der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf am 22. Januar 2020 wieder. Der Vortragsstil wurde für die Publikation im Rahmen dieser Zeitschrift beibehalten.

Vielmehr muss die Universität einen Ausgleich finden zwischen der „reinen Wissenschaft“ und ihrem Anspruch, die Studierenden zu Persönlichkeiten, zu kritischen und wachen Bürgern und Bürgerinnen heranzubilden. Dieses Ziel können wir nur erreichen, indem wir Studierende mit Politik konfrontieren und ihnen Gelegenheit dazu geben, den politischen Diskurs mit offenem Visier zu üben.

Ein zweiter Grund kommt hinzu: Wenn wir möchten, dass Politikerinnen und Politiker die Wissenschaft nicht ignorieren, sondern dass sie unsere Ergebnisse ernst nehmen und sich bei ihrem Handeln auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, dann sind wir gut beraten, den Dialog mit ihnen zu führen – und zwar auch in unseren eigenen Räumen. Eine Universität ist ohne politische Debatten nicht denkbar. Man schießt über das Ziel hinaus, wenn man den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zur zwingenden Voraussetzung universitärer Tätigkeit erklärt. Damit stellt man jeglichen Transfer von Wissen in die Gesellschaft in Frage.

Unterstützt sehe ich mich in dieser Auffassung durch unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der kürzlich in einer Rede sagte: „Aufgabe der Wissenschaft ist es, in der Lage zu sein, in Politik und Gesellschaft hineinzugehen, zu erklären, zu werben und zu vermitteln.“

Nur auf den ersten Blick attraktiv scheint folgende Kompromisslösung: Der Auftritt eines Politikers ist nur zulässig, wenn er fachlich in eine Lehrveranstaltung integriert wird; er ist es nicht, wenn es nur um Parteipolitik geht.

Dieser Trennlinie folgend hat eine Universität dem Auftritt von Sahra Wagenknecht zugestimmt. Der Auftritt der ausgebildeten Ökonomin in der Veranstaltung mit dem Titel „Modern Money Theory in Ökonomie, Gesellschaft und Politik“ versprach wohl den erforderlichen Erkenntnisgewinn. Anderes galt – wie ich eingangs erwähnte – für Christian Lindner. Die mit ihm anberaumte allgemeine Diskussionsveranstaltung ließ den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn vermissen. Warum allerdings an der gleichen Universität der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert sprechen durfte, bleibt ein Geheimnis. An seiner akademischen Qualifikation kann es nicht gelegen haben. Er hat nämlich keine.

Diese Fälle zeigen, dass die Unterscheidung nicht handhabbar ist. Die Grenze zwischen wissenschaftlicher Veranstaltung unter Einbindung von fachlich einschlägigen Politikern und gefürchtetem politischen Engagement ist fließend und kann vor allem

ex ante nicht gezogen werden. Sie ist zudem – aus den schon genannten Gründen – nicht sachgerecht: Politik gehört an die Universitäten. Nicht mitspielen ist keine Lösung.

Und nun noch ein Exkurs für die juristisch Interessierten unter Ihnen. Welche Bedeutung hat das immer wieder als Argument angeführte Gebot der parteipolitischen Neutralität? Ich verspreche Ihnen, ich fasse mich kurz.

Das Gebot der politischen Neutralität steht nicht in unserer Verfassung, sondern es wurde von der Rechtsprechung entwickelt. Dieser Pflicht des Staates politische Neutralität walten zu lassen, liegt der Gedanke zugrunde, dass Parteien in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung eine zentrale Rolle spielen. Für den Prozess der politischen Willensbildung durch freie Wahlen ist es von größter Wichtigkeit, die Chancengleichheit aller Parteien im politischen Wettbewerb zu sichern. Das gilt, solange sie nicht durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes verboten sind. Diese Chancengleichheit ist aber gefährdet, wenn Parteien von staatlicher Seite nicht gleichbehandelt werden.

Die Gerichte haben diese Pflicht – ob zu Recht oder zu Unrecht – übrigens auch auf den Bundespräsidenten und sogar auf Kommunalpolitiker wie Bürgermeister ausgedehnt.

Selbst wenn man nun auf dem Standpunkt steht, auch Hochschulen – als letztlich staatliche Institutionen – seien dem Gebot der politischen Neutralität verpflichtet, so heißt Neutralität doch nur Gleichheit, also Chancengleichheit. Die Universität darf keine politische Partei einseitig benachteiligen oder bevorzugen. Das Gebot der politischen Neutralität bedeutet nicht, dass Hochschulen politikfrei sein müssen. Selbstverständlich hat diese Offenheit gegenüber der Politik Grenzen. Drei dieser Grenzen seien hier genannt:

1. Die hochschulische Öffentlichkeit darf nicht für Wahlkämpfe und Meinungskampagnen missbraucht werden. Politische Werbeveranstaltungen gehören nicht auf dem Campus. Da die politische Diskussion im Einzelfall schwer abzugrenzen ist vom Wahlkampf und auch die aufmerksamste Hochschulleitung dies allein am Titel der Veranstaltung im Vorfeld nicht ohne Weiteres erkennen kann, bin ich dafür, dass 4 bis 8 Wochen vor einer Wahl politische Veranstaltungen nicht mehr erlaubt sind. Wichtig nur – Gebot zur Neutralität –, die Regel muss für alle Parteien gleichermaßen gelten.

2. Die Grenze des Zulässigen ist ebenfalls erreicht, wenn von der Veranstaltung Gefahren für die Sicherheit der Teilnehmer oder unbeteiligte Dritte ausgehen – etwa, weil es angekündigte Demonstrationen oder sogar Gewaltandrohungen gibt – so wie 2016 hier an der Heinrich-Heine-Universität.

Die Frage, in welchem Umfang in solch einem Fall von einer Universität Sicherheitsvorkehrungen durch Beauftragung privater Sicherheitsdienste getroffen werden müssen oder wer die Kosten für einen Polizeieinsatz trägt, würde einen eigenen Vortrag rechtfertigen. Einzugehen wäre dann auf das der Hochschulleitung zustehende Hausrecht und auf das Ordnungsrecht nach § 51a HG NRW.

Dass aber – wie an der Universität Berkeley geschehen – ein für seine Hassreden gegen Migranten, Frauen und Behinderte bekannter Aktivist (Milo Yiannopoulos) 20 Minuten reden darf, dies aber wiederum voraussetzt, dass alle Zuhörer zuvor durch einen Metalldetektor gelaufen waren und von der Universität rund 800.000 Dollar für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben wurden, das sprengt sicherlich alle Grenzen.

Und schließlich – 3. – was ist zu tun, wenn ernsthaft zu befürchten ist, dass der Redner oder die Rednerin im Rahmen der Veranstaltung verfassungsfeindliche Thesen vertreten wird?

Diese Gefahr war wohl nicht von der Hand zu weisen, als der Publizist und ehemalige Politiker Thilo Sarrazin an die Universität Siegen eingeladen wurde, um zu sprechen über „den neuen Tugendterror – die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“. Oder als der Präsident der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt an der Universität Frankfurt angekündigt wurde mit einem Vortrag über den „Polizeialltag in der Einwanderungsgesellschaft“. Zur Erläuterung: Wendt hatte sich kritisch zur Flüchtlingspolitik von Angela Merkel geäußert und die Errichtung eines Zaunes an der deutschen Grenze vorgeschlagen. Sein Auftritt wurde durch Proteste von Studierenden und Wissenschaftlern verhindert.

Die Argumente – die Sie alle in der Presse nachlesen können – lauten: „An einer Universität, an der man für Offenheit und Toleranz steht, ist kein Platz für Rassismus oder rechtes Gedankengut.“ „Wir haben die Sorge, dass bestimmte rechte Ansichten legitimiert werden, weil sie einen wissenschaftlichen Anstrich erhalten.“ „Es ist nicht mit dem Leitbild der Uni vereinbar, 'rechten Akteuren' wie Wendt eine Bühne zu geben.“ „Der heutige Populismus ist kompliziert zu entlarven und sollte daher besser an der Uni keinen Platz bekommen.“

Da kann ich nur sagen: Nein! Verweigerung ist keine Strategie gegen Sirenenengesang, egal ob von rechts oder links. Rektorate sind keine Zensurbehörden. Wenn nicht an einer Universität, wo ist dann der geeignete Ort, um fatale Ideologien zu analysieren, zu entlarven und argumentativ zu bekämpfen. An einer Universität muss über Grenzfälle diskutiert werden können.

Und wer bitte soll denn festlegen, was rassistisch, faschistisch, populistisch, militaristisch oder sexistisch ist? Der zulässige Korridor des Sagbaren ergibt sich nicht aus irgendwelchen selbstherrlich gezogenen Grundwerten und Leitbildern, sondern aus Recht und Gesetz: Zu nennen ist hier etwa das Strafgesetzbuch, das Beleidigung und Volksverhetzung unter Strafe stellt. Es ist doch naiv zu glauben, man könne kritische Sichtweisen ausrotten oder – so Armin Nassehi – die Macht ungeliebter Ideen begrenzen, indem man sie unterdrückt.

Im Gegenteil: Es ist ein Gebot der rhetorischen Logik, dass ich Ansichten nur dann entgegentreten kann, wenn ich ihre Argumente kenne. Wenn an einer Institution, an der ich beteiligt bin, Leute eingeladen werden, deren Haltungen mir nicht passen, verlangt es die Toleranz nicht, dass ich mir meinen Widerspruch verkneife. Aber sie verlangt, dass ich andere, unbequeme Positionen nicht unterbinde.

Ich möchte klar und deutlich sagen: Rechtes Gedankengut ist gefährlich und auf das Höchste zu verurteilen, der Kampf gegen Rassenhass und Antisemitismus ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben. Das möchte ich unterstreichen – gerade in dem Wissen, dass Extremismus jedweder Couleur antidemokratisch ist. Aber: Universitäten sind für den Austausch von kontroversen Meinungen prädestiniert – das gilt auch und insbesondere in Zeiten zunehmender Polarisierung.

Mit ihrem Verhalten spielen die selbsternannten Wächter der Demokratie außerdem denjenigen in die Hände, die sie bekämpfen wollen. Populisten werden zu Märtyrern und erhalten dadurch eher Zulauf. Das Ergebnis ist: Die Demokratie wird nicht verteidigt, sondern geschädigt.

Zum Abschluss zitiere ich noch einmal unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier: „Die Exzellenz einer Universität erweist sich – neben aller Internationalisierung, Digitalisierung, Optimierung – vor allem daran, ob hier gepflegt und eingeübt wird, was unsere Demokratie so dringend braucht: den erwachsenen Streit, die argumentative Kontroverse, den zivilisierten Disput.“